

FDP äussert sich zur Gemeinde-organisation

Murten / In der Generalratssitzung vom Mittwoch ist die Reform des Organisationsreglementes der Gemeinde Murten traktandiert. Im Zentrum steht dabei die (Neu-)Organisation des Gemeinderates, welche die folgenden drei relevanten Punkte vorsieht: Verzicht auf die Energie- und Umweltkommission, keine Aufstockung der gemeinderätlichen Kommissionssitze auf sieben Personen und einen Verzicht auf die Neubildung einer Wirtschaftskommission.

Wie die FDP Fraktion mitteilt, wurden diese Punkte innerhalb der Fraktion eingehend diskutiert mit dem Resultat, dass man dem Gemeinderat die Kompetenz, seine Geschäfte eigenständig zu organisieren, problemlos überlassen könne.

Natürlich könne man sich fragen, ob die Auflösung der Energie- und Umweltkommission in der heutigen Zeit das richtige Zeichen sei. In Murten habe man sich vor einigen Jahren jedoch dazu entschlossen, die Hoheit über Strom und Wasser (und Wärme) an die privatrechtliche IB-Murten auszulagern. Weitere energie- und umweltbezogene Themen könnten durchaus, wie vom gesamten Gemeinderat vorgeschlagen, in der Planungskommission weiterverfolgt werden.

Die gelegentlich geforderte Aufstockung der Kommissionssitze auf sieben Personen mit dem Argument, dass dann jeweils alle Parteien berücksichtigt wären, erachtet die FDP Fraktion als nicht effizient, zumal die Kommissionen lediglich beratenden Charakter haben. Weiter könnte mit diesem Modus der Wählerwille nicht garantiert werden, da die Sitzverteilung nicht mehr wie bisher nach Wählerstärke der Partei erfolgen würde.

Der Bedarf nach einer Wirtschaftskommission sei zurzeit nicht gegeben, denn es gebe andere regionale Plattformen, die eine wirtschaftliche Entwicklung über die Gemeindegrenzen hinaus aktiv verfolgen. Die Reduktion der ständigen Kommissionen auf ein sinnvolles Mass mit der Option, bei neu aufkommenden oder stärker gewichteten Themen kurzfristig und flexibel Ad-hoc-Kommissionen einzusetzen, erachtet die Fraktion der FDP als sinnvoll, denn sie trage dazu bei, die Zielrichtung und Effizienz der Verwaltung zu erhöhen und unnötige Kosten zu senken.

Eing.